



Volksanwalt Achitz empfiehlt Nachbesserung beim Corona-Bonus für Arbeitslose

Wegen Alles-oder-nichts-Prinzip fallen Erkrankte um 450 Euro um – das wäre bei Erhöhung des täglichen Arbeitslosengeld-Anspruchs nicht passiert

Viele Menschen haben durch die Corona-Krise unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren. Die Bundesregierung hat daher Arbeitslosen außertourlich 450 Euro als Unterstützung versprochen. Diesen Betrag sollten alle bekommen, die von Mai bis August mindestens 60 Tage Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bekommen haben. Volksanwalt Bernhard Achitz hat in der ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ am Samstag aber darauf hingewiesen, dass einige Menschen gar nichts bekommen haben, obwohl sie arbeitslos waren.

Wegen verschobener Operation im Krankenstand: 450-Euro-Bonus fällt weg

Einer davon ist Herr K., der auf eine Operation warten musste, die wegen Corona lange verschoben wurde. Er war also im Krankenstand. Deshalb hat er kein Arbeitslosengeld, sondern Krankengeld bekommen – und dieser Zeitraum zählte nicht für die 60 Tage Arbeitslosigkeit, die man benötigt, um die 450 Euro zu bekommen. Auch einen reduzierten Betrag hat er nicht bekommen. Wäre stattdessen der tägliche Anspruch auf Arbeitslosengeld erhöht worden, hätte K. deutlich weniger Geld verloren.

Wer zusätzlich zum Jobverlust auch noch krank wurde, bekam gar nichts

"Das Alles-oder-Nichts-Prinzip, auf das die Regierung da gesetzt hat, ist ungerecht. Diejenigen Menschen, die es besonders hart getroffen hat, weil sie zusätzlich zum Jobverlust auch noch krank geworden sind, bekommen gar nichts“, kritisiert Achitz. Weil die Bedingungen erst nur in Pressekonferenzen angekündigt worden sind, ohne dass dem AMS die konkreten Regeln bekannt waren, konnte auch das AMS auf entsprechende Anfragen nicht richtig antworten.

Geld muss bei allen ankommen, die in der Krise keinen Job haben

Mittlerweile hat die Regierung angekündigt, dass es für Arbeitslose ein weiteres Mal 450 Euro Bonus geben soll. Das soll der Nationalrat noch im November beschließen. Achitz fordert die Politik auf, diesmal vorausschauender zu handeln: "Ich hoffe, dass die

Einmalzahlung diesmal auch tatsächlich bei allen ankommt, die jetzt in der Krise keinen Job haben."

Rückfragehinweis:

Florian Kräftner

Mediensprecher im Büro von Volksanwalt Mag. Bernhard Achitz

+43 664 301 60 96

florian.kraeftner@volksanwaltschaft.gv.at